

ARBEITSGRUPPE  
"HISTORISCHE STANDORTSBESTIMMUNG"

---

VERTRAULICH

Unter Verschluss zu halten  
oder nach Kenntnisnahme an  
das Sekretariat der Arbeits-  
gruppe "Historische Standorts-  
bestimmung", Handelsabteilung,  
Bundeshaus, 3003 Bern, zurück-  
senden.

Exemplar Nr. 084

P r o t o k o l l

der Sitzung vom 26. Juni 1971

Thema: Stand der Integrationsfrage

Anwesende Mitglieder: Herren Botschafter A. Weitnauer, Vorsitz  
Ständerat R. Broger  
Nationalrat P. Dürrenmatt  
Prof. D. Frei  
Ständerat C. Grosjean  
Ständerat H. Hürlimann  
Chefredaktor F. Landgraf  
Prof. H. Lüthy  
Regierungsrat R. Meylan  
Botschafter P. Micheli  
Nationalrat Prof. O. Reverdin  
Botschafter P. Ruegger  
Botschafter M. Troendle  
Nationalrat Prof. M. Weber

Abwesende Mitglieder: Herren Chefredaktor B. Béguin  
Ständerat F. Bolla  
Prof. E. Bonjour  
a.Nationalrat W. Bretscher  
Prof. K. Eichenberger  
Prof. J. Freymond  
Nationalrat Prof. W. Hofer  
Oberstkorpskdt E. Uhlmann  
a.Bundesrat F.T. Wahlen

Andere Teilnehmer: Herren Bundesrat E. Brugger  
a.Bundesrat W. Spühler  
Botschafter F. Jolles  
Botschafter E. Thalmann  
Botschafter R. Bindschedler  
Botschafter E. Diez  
Botschafter A. Grübel

- 2 -

Botschafter A. Janner  
Botschafter R. Keller  
Botschafter R. Probst  
Botschafter F. Rothenbühler

Minister M. Gelzer  
Minister H. Miesch  
Minister A. Natural  
P. Erni

Dr. K. Jacobi  
Dr. B. von Tscharner  
C. Eckenstein

Protokoll: Herren Dr. S. Arioli  
Dr. P. Hollenweger  
Dr. G. Hentsch  
P.Y. Simonin

Der Vorsitzende:

Ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung. Ganz besonders begrüssen möchte ich Herrn Bundesrat Brugger und ihm danken für sein Interesse an unseren Arbeiten, das er mit seiner regelmässigen Teilnahme bekundet. Wir freuen uns auch sehr über die Anwesenheit von Herrn a. Bundesrat Spühler. Herr Bundesrat Graber lässt sich wegen eines zwingenden Familienanlasses entschuldigen. Er hat mir gegenüber wiederum seiner Wertschätzung unserer Arbeit Ausdruck gegeben.

Es obliegt mir die traurige Pflicht, des plötzlich verstorbenen Nationalrates Dr. P. Freymond zu gedenken. Er hat unserer Gruppe nur verhältnismässig kurze Zeit angehört. Doch nahm er von Anfang an an unseren Sitzungen aktiv teil und hat Wesentliches zu unseren Diskussionen beigetragen. Es ist nach seinem unerwarteten Hinschied gebührend hervorgehoben worden, wieviel unser Land an ihm verloren hat. Auch für unsere Gruppe bedeutet sein Tod einen schweren Verlust. (Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen).

Zum ersten Mal darf ich in unserem Kreis Herrn Ständerat Grosjean begrüssen. Zum ersten Mal nimmt auch Herr Broger als Ständerat an unserer Sitzung teil. Wir gratulieren ihm zu diesem Wechsel.

Als vor zehn Jahren sich für unser Land in der Folge des Beitritts gesuches Grossbritanniens die Frage der Gestaltung unserer Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften stellte, wurde diese Arbeitsgruppe gegründet in der Annahme, dass ihre eminenten Mitglieder die Verbindung zu einer gehobenen öffentlichen Meinung herstellen könnten. Auch heute besteht mit erneuter Dringlichkeit der Wunsch, dass hervorragende Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit das Verhalten unserer Behörden interpretieren und verständlich machen. Wir haben deshalb unsere heutige Sitzung ganz dem Integrationszusammenhang gewidmet. Herr Botschafter Jolles wird einleitend eine Orientierung über die gegenwärtige Lage geben. In der Diskussion werden wir auch den weltpolitischen

Zusammenhängen die gebührende Beachtung schenken müssen, und es wird von Interesse sein, Ihre Auffassung über die möglichen Folgen der Einigung in Luxemburg zu hören.

Herr Botschafter Jolles:

I. Explorationsphase

An der letzten Sitzung vom 27. März hatte ich Gelegenheit, über die Integrationslage nach Abschluss der zweiten Runde der Explorationsgespräche zu orientieren. Da sich die damals vorgesehene Möglichkeit einer abschliessenden dritten Explorationsrunde wegen der von Frankreich verlangten Beschleunigung des Verfahrens - das Datum für die Vorlage des Kommissionsberichtes wurde vom EG-Ministerrat um einen Monat verschoben - nicht verwirklichte, habe ich nichts Wesentliches beizufügen. Die Tatsache, dass die dritte Gesprächsrunde nicht zustande kam, hat sich für die Schweiz insofern nachteilig ausgewirkt, als

- zwischen den verschiedenen Sachgebieten keine Prioritätsordnung aufgestellt werden konnte;
- keine Möglichkeit bestand, die interessenmässige Ausgewogenheit eines allfälligen Verhandlungspaketes zu prüfen;
- keine Gesamtbewertung der schweizerischen Konzeption vorgenommen wurde;
- keine Aussprache über spezifische Lösungsmodelle stattfand.

Die Kommission hat ihre Gespräche aufgrund eines unvollständigen Dossiers geführt. Obwohl diese Diskussion im luftleeren Raum die doktrinären Einwände begünstigte, haben sich unsere Anstrengungen in den exploratorischen Gesprächen gelohnt. So fanden erfreulicherweise eine Reihe der angestrebten Ziele ihren Niederschlag im Kommissionsbericht:

- a) Die technischen und wirtschaftlichen Einwände, die sich gegen eine Freihandelszonen-Lösung richteten, konnten entkräftet werden. Die Kommission anerkennt, dass angesichts der Geringfügigkeit von verbleibenden Drittlandeinfuhren und des Abbaus des Zollgefälles in der Kennedy-Runde das Risiko von Handelsverlagerungen klein ist und durch Ursprungsregeln ausgeschaltet werden kann.
- b) Es gelang, die institutionelle Logik eines Systems darzulegen, das nicht auf dem Beitritt beruht und daher die Vollharmonisierung ausschliessen muss. Die Kommission scheint diese Auffassung voll zu teilen und ihr sogar grundsätzliche Bedeutung beizumessen. Sie ist bestrebt, klar zu unterscheiden zwischen "institutionalisierter wirtschaftlicher Integration" und "Beziehungen, die im wesentlichen handelspolitischer Natur sind". Natürlich hat die Kommission die Nichtbeitrittskandidaten eingeladen, autonom zu harmonisieren.
- c) Der Kommissionsbericht anerkennt die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft und der Fremdarbeiterpolitik. Er bestätigt, dass die Nichtbeitrittskandidaten weder zur Uebernahme der gemeinschaftlichen Agrarpolitik noch zur vollen Freizügigkeit der Arbeitskräfte gehalten werden können. Es wird auch eingeräumt, dass angesichts des hohen Marktanteils der EG an der schweizerischen Landwirtschaftseinfuhr nur geringe zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.
- d) Die Schweiz hatte vorausgesehen, dass sich die Hauptschwierigkeit auf institutionellem Gebiet stellen würde. Sie hat deshalb eine Lösung zur Ausgestaltung eines Mitspracherechts unterbreitet, das die Autonomie der Beschlussfassung der EG nicht beeinträchtigt. Durch den Vorschlag eines Gemischten Rates, der mit der Verwaltung des handelspolitischen Teils des Abkommens und der Organisation der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit betraut werden sollte, suchten wir die institutionellen Einwände der EG zu entkräften und unseren Wunsch

nach Mitarbeit zu relativieren. Das Mitspracherecht wäre auf Gebiete von gemeinsamem Interesse zu beschränken, wobei sich dieser Konsultationsprozess ausserhalb der leitenden EG-Organen abspielen würde, jedoch mit Möglichkeit der Beteiligung an technischen Untergruppen der Gemeinschaft. Die Kommission ist in ihrem Bericht auf diese Überlegungen nur insoweit eingetreten, als eine Gemischte Kommission als Verwaltungsorgan für die Freihandelszone vorgesehen wird. Immerhin attestiert der Kommissionsbericht der Schweiz, "gleichzeitig eine pragmatische und bis ins Detail ausgefeilte Position" eingenommen zu haben.

## II. Meinungsbildung der Kommission

Durch das Erfordernis einer Stellungnahme zur Ausgestaltung der Beziehungen zu den Neutralen wurde die Kommission gezwungen, den zukünftigen Charakter der Gemeinschaft zu überdenken. Unseres Wissens herrschten in der Kommission drei Tendenzen: Eine dogmatische, eine pragmatische und eine realpolitische. Die dogmatische Linie (vor allem Mansholt) vertritt die Auffassung, es handle sich bei der Integration um einen ganzheitlichen und stark institutionalisierten Prozess, der nach wie vor einen unerlässlichen Bestandteil einer höheren politischen Zielsetzung bilde und aus dem man nicht einfach ein bestimmtes Stück herausnehmen könne. Deshalb sei eine Sonderregelung für die neutralen Staaten abzulehnen, insbesondere hinsichtlich der Schweiz und Schweden, für die dies keine besondere Härte bedeuten könne. Die pragmatischen Europäer gehen von den gleichen Überlegungen aus, legen jedoch entscheidendes Gewicht auf den Konsolidierungsstand der EWG. In einem Moment, wo die Gemeinschaft die Wirtschafts- und Währungspolitik verwirklichen könne, scheine der innere Zusammenhang genügend gesichert, um eine gewisse Öffnung in handelspolitischer Hinsicht zu bestehen. Was in den Anfängen ein Risiko bedeutet habe, sei in der Zeit der Wirtschafts-

und Währungsunion überholt. Die Realpolitiker gehen ihrerseits davon aus, dass die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten an der Haager Gipfelkonferenz ihrem Willen Ausdruck gegeben hätten, die Neutralenfrage zu regeln. Diese festen Absichtserklärungen der Regierungen müssten respektiert werden, um keinen offenen Konflikt zwischen der Kommission, die mit der Verhandlungsführung betraut werden möchte, und dem Rat heraufzubeschwören. Wolle sich die Gemeinschaft weiter entwickeln, so bestehe auch ein Interesse, wirtschaftlich potente Länder in die Sphäre einzubeziehen. Im übrigen anerkennen alle Kommissionsmitglieder erfreulicherweise die vollendete Tatsache der EFTA-Freihandelszone; der heutige Liberalisierungsstand könne einfach nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Während der Auseinandersetzung dieser drei Tendenzen haben äussere Ereignisse in einem für die Neutralen eher ungünstigen Sinne auf die Meinungsbildung der Kommission eingewirkt. Die Währungs- und Währungsunion in Frage und verstärkte die Opposition gegen Einbrüche in das bisherige Integrationskonzept. Es ist bezeichnend, dass ein Kommissionsmitglied, das früher für die Neutralen eintrat, nunmehr umgeschwenkt ist und die Meinung vertritt, der heutige Besitzstand müsse umso hartnäckiger verteidigt werden. Ferner hat die politische Einigung Heath/Pompidou über die zukünftige Ausgestaltung der Integration in der Kommission Unruhe ausgelöst. Die beiden Staatsmänner haben betont, dass die Souveränität nach wie vor bei den nationalen Regierungen liegen müsse, womit der "Luxemburger Kompromiss" vom Januar 1966 zum dauernden Bestandteil dieser Konstruktion werden wird. Diese Konzeption steht diametral gegen die Meinung der Kommission, die bereits im Erweiterungsbericht von 1967 der Erweiterung nur unter der Bedingung einer gleichzeitigen Verstärkung der institutionellen Strukturen zugestimmt hatte. Die erhöhte Sorge der Kommission um die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der erweiterten Gemeinschaften hat der

Stellung der Neutralen nicht genützt.

### III. Kommissionsvorschläge

Immerhin sind die Vorschläge der Kommission unter den obwaltenden Umständen erstaunlich positiv ausgefallen. Sie stellen einen Kompromiss zwischen den drei erwähnten Tendenzen dar:

- a) Die status quo-Variante verbirgt zwei verschiedene Möglichkeiten. Durch das zeitliche Hinausschieben der Lösung hinsichtlich der Neutralen besteht für die dogmatischen Europäer immer noch die Möglichkeit, eine Sonderlösung für die Neutralen zu vermeiden und die Regelung im Rahmen einer neuen GATT-Verhandlung auf Meistbegünstigungsbasis zu suchen. Die pragmatischen Europäer ihrerseits könnten Zeit gewinnen, um die erweiterten EG zu konsolidieren und die Wirtschafts- und Währungsunion in Gang zu setzen. Nach zwei Jahren wäre die Gemeinschaft sodann genügend stark, um die Oeffnung gegenüber den Neutralen zu vollziehen und ein Abkommen über Freihandel und möglicherweise andere Bereiche abzuschliessen, das ungefähr unseren Vorstellungen entsprechen würde.
- b) Die Freihandelszonen-Variante löst im Sinne der Realpolitiker das Versprechen der Regierungen bezüglich des Nichtaufbaus neuer Handelsschranken und der Gleichzeitigkeit des Inkrafttretens aller Verträge ein. Zugleich sichert sie die GATT-Konformität. Als Konzession an die doktrinären Europäer ist zu werten, dass diese Lösung eng auf den Freihandel begrenzt wird und damit den Integrationsprozess gleichzeitig gegen unerwünschte Einflüsse seitens der Nichtbeitrittskandidaten abschirmt. Die Revisionsklausel bildet eine Konzession an die pragmatischen Europäer. Nach fünf Jahren wird man nämlich sehen, wie weit sich die EG konsolidiert haben; da es sich nur um ein Mini-Abkommen handelt, kann die Revision nur in Richtung eines Ausbaus der Rumpfvereinbarung gehen.



#### IV. Ueberprüfung der beiden Kommissionsvorschläge

Es ist zu betonen, dass die Stellungnahme der Kommission für die Beschlussfassung der Regierungen im Ministerrat völlig unverbindlich ist. Immerhin bewirkte der Kommissionsbericht eine intellektuelle Klärung. Indem das gedankliche System der Integrationspolitik einmal mehr dargelegt wurde, hat sich gezeigt, dass gewisse Abkommensformen, wie die schwedische Quasi-Mitgliedschaft, offensichtlich nicht realisierbar sind. Angesichts dieser ersten Stellungnahme können wir unsere Haltung überdenken und unsere Optionen, soweit sie in diesem Stadium erforderlich sind, treffen. Als zusätzliches Beurteilungselement bietet sich die erhöhte Gewissheit des Zustandekommens der Erweiterung der EG an.

Wir können uns fragen, ob sich unsere Chancen für das Zustandekommen eines umfassenden Abkommens in einem Zuge nicht verbessern würden, wenn wir mit einer erweiterten Gemeinschaft verhandeln könnten. Ist damit zu rechnen, dass sich der Charakter einer erweiterten Gemeinschaft verändern wird und führt dieser Wandel zu einer Auflockerung des Integrationsprozesses, einer Ausschaltung der supranationalen Aspekte und somit zu Formen der Zusammenarbeit, an denen die Schweiz vorbehaltloser teilnehmen könnte? Wird eine erweiterte Gemeinschaft ein stärkeres oder ein verschwommeneres aussenpolitisches Profil aufweisen?

Trotz dieser berechtigten Fragen scheint eine Aenderung unserer Verhandlungskonzeption nicht angezeigt. Die Verhandlungsofferte des Bundesrates zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit hatte die künftige Erweiterung und entsprechende Lockerung der Gemeinschaft bereits vorausgesetzt. Zudem bedeutet ein pragmatischer wirtschaftlicher Integrationsprozess nicht zwangsläufig die Verwischung der politischen Profilierung. Statt einer supranationalen Struktur könnte sich leicht ein Grossmacht-Hegemonialcharakter herausbilden. Im Zeichen der Einigung Paris-London ist nicht auszuschliessen, dass die aussenpolitischen Einflussmöglichkeiten der EC durch den britischen Beitritt gestärkt werden. Diese Ueberlegungen führen zum Schluss, dass ein Zuwarten bis nach der Er-

weiterung die schweizerische Position nicht ändern würde, jedoch unsere Verhandlungslage wesentlich erschweren könnte. Deshalb hat der Bundesrat die status quo-Variante (Variante A) abgelehnt.

Aus folgenden Gründen lehnen auch die Neutralen Finnland, Schweden und Oesterreich die Variante A einhellig ab:

- Bei Aufgabe des Junktims mit der Erweiterung riskieren wir eine Verzögerung auf unbestimmte Zeit. Im Falle von Konsolidierungsschwierigkeiten der erweiterten Gemeinschaft in den ersten Jahren wird diese nach zwei Jahren nicht besser in der Lage sein, mit den Neutralen Verhandlungen zu führen.
- Es ist mit einer Verschlechterung unserer Verhandlungsposition zu rechnen, da bei einer Befristung der EFTA-Zollfreiheit auf zwei Jahre der Zeitdruck im Gegensatz zu heute zu unseren Ungunsten spielen würde.
- Die Neutralen könnten auf die Meistbegünstigungslösung im GATT-Raum abgedrängt werden; bezeichnenderweise unterstützen die USA Variante A mit diesem Hintergedanken.
- Die protektionistischen Tendenzen im EG-Raum (Einwände der EG-Industrieverbände) könnten sich nach vollzogenem Beitritt Grossbritanniens durch gleichartige Interessen der bedrängten englischen Industrie verstärken.

Wir hoffen, dass die Variante B von den EG-Staaten als Grundlage angenommen wird, denn sie gewährleistet die Gleichzeitigkeit und damit das Zustandekommen einer Gesamtlösung. Ferner bildet sie einen guten Ausgangspunkt für ein etappenweises Vorgehen. Es kann nicht bei der Herstellung eines zollfreien Raumes für Industrieprodukte bleiben, sondern der Dialog über weitere Gebiete wird sich zwangsläufig ergeben.

Selbstverständlich müssen wir versuchen, die Variante B zu verbessern. Insbesondere müsste der prekäre Charakter der Freihandelslösung beseitigt werden. Dies könnte etwa geschehen durch den Einbezug gewisser Regeln über den Austausch von landwirt-

schaftlichen Produkten, durch die Formulierung eindeutiger Wettbewerbsregeln und Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage für die Anwendung der Ausweichklausel, die noch zu willkürlich konzipiert ist sowie durch eine erweiterte Fassung der Funktionen der Gemischten Kommission.

Zum Schluss noch ein Wort über die Realisierungschancen der beiden Kommissionsvorschläge: Wir wissen noch nichts Bestimmtes über die Haltung der Regierungen. Es hat sich bis jetzt noch keine eindeutig für die Variante A ausgesprochen. Dagegen haben wir gehört, dass verschiedene Regierungen die industrielle Freihandelszonenlösung als einen brauchbaren Vorschlag betrachten. Die grösste noch offene Frage stellt die Haltung Frankreichs dar. Bis zum Gipfeltreffen zwischen Heath und Pompidou hat sich Frankreich am energischsten für eine Freihandelszonenlösung eingesetzt. Seither ist es merklich zurückhaltender geworden. Das mag mit der ablehnenden Haltung des "Patronat français" zusammenhängen oder aber auch damit, dass die Franzosen nach der Einigung über den britischen Beitritt die Neutralen in ihrem Konzept nicht mehr in gleicher Weise benötigen wie vorher. Eine erste Klärung wird die Aussprache im Ministerrat Ende Juli bringen. Als sicher darf angenommen werden, dass versucht werden wird, die Variante B durch Vereinbarungen über landwirtschaftliche Produkte und vielleicht auch durch gewisse Zollharmonisierungen zu ergänzen. Von den Ländern ausserhalb der EG setzen sich einzig die USA für die Variante A ein. Sie wollen offensichtlich verhindern, dass in Europa ein weiterer Präferenzraum entsteht. Nach dem Zustandekommen der Erweiterung der EG soll statt dessen im GATT die Diskussion über die Aussenbeziehungen der EG aufgenommen werden.

Wie Herr Botschafter Weitnauer einleitend sagte, ist nun der Moment gekommen, wo Ihre Arbeitsgruppe helfen könnte, der schwei-

zerischen Öffentlichkeit zu erklären, dass die angestrebte Lösung richtig ist. Ich bin mir im klaren darüber, dass diese Aufklärung nicht leicht ist, solange kein gesichertes Abkommensmodell vorgelegt werden kann. Wir haben bisher davon abgesehen, Modelle zur Diskussion zu stellen. Die öffentlichen Auseinandersetzungen hätten sich sehr wahrscheinlich auf extreme Hypothesen konzentriert. Damit wären in weiten Kreisen Abwehrreaktionen provoziert worden und die Haltung der EG wäre davon sicher nicht unbeeinflusst geblieben. Die beitriffsnahe Lösung ist nun aber aus Gründen, die nicht wir zu vertreten haben, ausgeschlossen worden. Auch heute besteht die Gefahr voreiliger Reaktionen. Einerseits erwecken gewisse Träger der Massenmedien den Eindruck, dass die reine Freihandelszonenlösung eine Niederlage darstelle. Für sie ist die Integration immer noch etwas Ideelles. In Kreisen der Wirtschaft dagegen gibt man sich wenig Mühe, seine Freude über die Möglichkeit einer reinen industriellen Freihandelszone zu verbergen, obschon diese noch keineswegs gesichert ist.

Die Aufklärungsarbeit wird noch dadurch erschwert, dass es nicht einfach ist, objektive Informationen an den Mann zu bringen. Im Bericht der Kommission wird auf 13 Seiten die Haltung der Schweiz dargelegt. Dieses Kapitel gibt eine sehr gute und objektive Uebersicht über unsere Vorstellungen. Das Dokument war aber für eine gewisse Presse nur solange interessant, als es als geheim galt. Wir machen uns über dieses Verhalten der Presse auch im Hinblick auf die Veröffentlichung der Antwort des Bundesrates auf die Motion Furgler Gedanken. Diese Antwort wird in einem umfassenden Bericht über die Integrationspolitik der Schweiz bis zum heutigen Tag bestehen. Sie soll im kommenden Monat veröffentlicht werden. An Dokumentation über die Integrationsproblematik wird es deshalb sicher nicht fehlen. Die Frage wird jedoch sein, wie man eine breitere Öffentlichkeit dazu bringen kann, sich mit diesen Fragen zu befassen.

Der Vorsitzende dankt Herrn Botschafter Jolles für seine umfassenden Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Nationalrat Dürrenmatt:

Herr Botschafter Jolles hat gefragt, was vorzukehren wäre, um das Schweizervolk für eine richtige Information empfänglich zu machen. Wir haben einen gewissen Stand der Publizistik erreicht, der darnach strebt, die Amerikaner in helvetischen Ausmassen nachzuahmen. Herr Jolles hat die Schwierigkeiten deutlich herausgearbeitet. Die eigentliche Diskussion kann m.E. erst beginnen, nachdem sich der EG-Ministerrat über den Kommissionsbericht ausgesprochen hat. Den Bericht des Bundesrates über "Die Entwicklung der europäischen Integrationsbestrebungen und die Haltung der Schweiz" würde ich unter keinen Umständen vor Ferienbeginn herausgeben. Als taktisches Vorgehen schlage ich einen möglichst gestaffelten Aufbau der Information vor. Es gilt die Chancen der Sommerferien zu nützen und den Bericht des Bundesrates erst im August zuhanden der parlamentarischen Kommissionen bereitzuhalten. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Nationalratswahlen mit ihren Sonderproblemen besteht im jetzigen Zeitpunkt kein Anlass, die Integrationsdiskussion in der Öffentlichkeit zu stimulieren. Erst im Herbst, wenn die Stellungnahme des Ministerrates bekannt sein wird, sollten wir präziser auftreten.

Herr Botschafter Ruegger:

Ich schlage in prozeduraler Hinsicht vor, dass Herr Botschafter Weitnauer vorerst über seine Erfahrungen in London berichtet, da mir die Ergebnisse der Englandverhandlungen für die Lagebeurteilung wichtig erscheinen.

Der Vorsitzende:

Ich möchte mich zu zwei Punkten vor allem äussern: einmal zu den Grossbritannien vor allem angehenden Aspekten des Erweiterungsproblems, gefolgt von einem Zukunftsausblick auf Europa und die Welt, für die Zeit, da der Erweiterungsprozess vollzogen sein wird.

Mit Bezug auf England im besonderen stellt sich namentlich die Frage, ob das vor einigen Tagen in Luxemburg abgeschlossene Verhandlungspaket vor dem britischen Unterhaus Gnade finden wird. Nur um das Unterhaus handelt es sich in der Tat; denn die auch in England hin und wieder ventilierte Idee eines Referendums ist nicht ernst zu nehmen. Es ist ganz undenkbar, dass ein solches, meines Wissens in der englischen Geschichte unbekanntes Verfahren - und sei es auch nur konsultativer Art - in diesem zugestandenemassen eine Schicksalsfrage darstellenden Fall angewandt werden wird. Beim gegenwärtigen Stand der Meinungsbildung finden sich in der Regierungspartei etwas mehr als zwanzig resolute Beitrittsgegner, von den übrigen konservativen Abgeordneten kann ohne Schwierigkeit eine zustimmende Stellungnahme erwartet werden. Da aber die Mehrheit der Regierung im Unterhaus nur 27 Stimmen beträgt, würde, wenn die Labour-Partei geschlossen gegen den Beitritt stimmt und die rund zwanzig konservativen Beitrittsgegner sich ihr anschliessen, die Regierung in die Minderheit versetzt und müsste zurücktreten. Ich halte eine solche Entwicklung für höchst unwahrscheinlich, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst können auch die dem EG-Beitritt ablehnend gegenüberstehenden konservativen M.P. nichts weniger als eine Abstimmungsniederlage ihrer Partei wünschen; denn bei der heutigen Stimmungslage der Bevölkerung würden bei Neuwahlen zweifellos die Sozialisten mit einer überwältigenden Mehrheit an die Macht zurückkehren. Die Regierung hat also die Möglichkeit, wenn sie strikteste Parteidisziplin zur Pflicht macht - den sogenannten "three line whip" anwendet - die Zahl der Gegner auf vielleicht zwei bis vier zu reduzieren, was ihr eine knappe, aber ausreichende Mehrheit sichern würde. Die Labour-Party auf der andern Seite befindet sich in einer schwierigen Lage. Sollte Wilson, dem das parteipolitische Taktieren im Blut liegt, sich in der Hoffnung auf Neuwahlen zu einer beitriffsfeindlichen Parole entschliessen, so müsste er damit rechnen, dass sich - auch bei einem "three line whip" auf Labour-Seite - eine ganze Anzahl entschiedener Beitrittsfreunde dieser Richtlinie widersetzen und für den Beitritt stimmen würden. Auch die Drohung mit einem Aus-

schluss aus der Partei würde sie nicht davon abhalten. Ich denke dabei an Leute wie Jenkins, Thomson, Healey, um nur die prominentesten zu nennen. Bei einer völlig freien Abstimmung wäre ohnehin davon auszugehen, dass mindestens 100 Labour-M.P.s für den Beitritt stimmen würden, etwa 100 dagegen, während eine flottierende Mittelgruppe von 60-70 Abgeordneten ihre Meinung noch nicht gemacht hat. Es würde sich mit andern Worten bei einer freien Abstimmung im Parlament ungefähr eine Zweidrittelsmehrheit für den Beitritt ergeben. Für den ganz unwahrscheinlichen Fall, dass Wilson die Nein-Parole ausgibt, damit in seiner Partei voll durchdringt und die Konservativen allein keine Mehrheit aufbringen, wäre zwar der EG-Beitritt abgelehnt, aber die neue Regierung Wilson wäre dann auf eine Politik der Isolierung festgelegt, die Wilson selbst, wie seine Vertrauten wissen, als völlig verfehlt betrachtet. Er könnte auch nicht darauf rechnen, dass man ihm, wenn er die Neuwahlen unter dem Losungswort der Ablehnung des EG-Beitritts gewonnen hat, nach der Rückkehr an die Macht eine Totalschwenkung abnehmen würde, dass er erneut an die Türen Brüssels klopfen könnte, mit der These, er habe es sich nun anders überlegt und sei bereit, mit vielleicht einigen kleineren Modifikationen die vom konservativen Team ausgehandelten Bedingungen anzunehmen. Er würde sich in Brüssel und vor allem in Paris unweigerlich eine Abfuhr holen.

Die Regierung Heath hat, wie ich es sehe, klugerweise die Abstimmung über das Brüsseler Verhandlungspaket auf den Beginn des Herbstes verschoben. Bis dann werden nicht nur die Parlamentsmitglieder, sondern auch die eine wirklich Aufklärung suchende öffentliche Meinung die Problematik eingehend haben studieren können; es wird vielleicht ein Umschwung in der Volksmeinung stattfinden oder doch jedenfalls der heute bei bloss 25 % liegende Anteil der Befürworter im Volk so weit gestiegen sein, dass mancher ungeschlüssige M.P., vor allem auf der Labour-Seite, zum Schluss kommt, dass ein zustimmendes Votum gewagt werden kann. Eine gewisse Bedeutung mögen auch die zum Herbstbeginn abgehaltenen ordentlichen Parteikongresse haben, obwohl man schon jetzt voraussagen kann, dass

- 16 -

der von den Gewerkschaften beherrschte Kongress der Labour-Partei mit einer negativen, für die Parlamentsfraktion aber nicht bindenden Resolution abgeschlossen werden wird. Gespannt darf man auf den ausserordentlichen Labour-Kongress im Juli sein, den eine knappe Mehrheit der Parteiexekutive durchzusetzen gewusst hat. Er wird vor allem für Wilson eine grosse Verlegenheit bedeuten. Ich wiederhole: alles zusammengenommen, scheint mir der Ausblick für die Ueberwindung der Hürde im Unterhaus nicht ungünstig zu sein.

Nun zum zweiten Thema: den Zukunftsperspektiven nach dem Beitritt Grossbritanniens und der Erweiterung der EG auf zehn Mitgliedstaaten. Das Treffen Pompidou/Heath hat hier gewissermassen den Schleier von der für manche doch noch etwas verhüllten Wirklichkeit weggerissen. Was Heath darüber im Unterhaus zu sagen hatte, lief auf eine Verkündung des Gedankengutes des "Europas der Vaterländer" hinaus. "The maintenance of national identity" und "no erosion of essential national sovereignty" waren die beiden Leitsätze in seinem Bericht über die Zusammenkunft mit dem französischen Staatspräsidenten. England hat damit auch den Luxemburger Kompromiss, d.h. die Weiterführung der Einstimmigkeitsregel in allen wichtigen Fragen übernommen. Spricht man mit massgeblichen Leuten der britischen Verwaltung, so wehren sie sich allerdings gegen eine zu drastische Auslegung der von Heath vertretenen These. Sie betonen zwar einerseits sehr, dass der Premierminister keineswegs aus taktischen Gründen das französische Konzept angenommen habe; er habe damit durchaus auch seine eigene Meinung ausgesprochen. Aber sie fügen bei, dass die Zukunft offen sei und man nicht ausschliessen könne und dürfe, dass sich ein engerer Zusammenschluss auch mit gewissen supranationalen Zügen auf bestimmten Einzelgebieten entwickeln könne. Hier kommt der berühmte und mannigfach bewährte englische Pragmatismus zum Vorschein.

Unterschwellig bleibt allerdings im Denken und ohne Zweifel im künftigen Verhalten der britischen Regierung ein Zug von grosser Bedeutung, und das ist die nach wie vor geübte, den Briten natürliche und tief verwurzelte Verbundenheit mit den Vereinigten



Staaten von Amerika. General de Gaulle hat meines Erachtens durchaus richtig gesehen, wenn er annahm, dass eine erweiterte Gemeinschaft nicht nur sprachlich angelsächsisch sein, sondern vor allem angelsächsischen Geist atmen würde. England kann in der erweiterten Gemeinschaft überdies von vorneherein auf eine beträchtliche Anhängerschaft zählen: so die skandinavischen Länder, Irland, Holland, Belgien und vielleicht auch Italien. Andererseits wird Grossbritannien die Neigung, die der EG zu Sechst bereits inhärent ist, nämlich der überwiegende Einfluss der grossen Staaten, noch steigern. Wenn eine Zehnergemeinschaft effektiv handeln will, so wird sich, wie ich es sehe, ein Direktorium oder, wenn man will, eine Hegemonie der drei grössten Mächte der neuen Gemeinschaft herausbilden, d.h. Grossbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland. Man wird damit rechnen müssen, dass künftig alle wichtigen Entscheidungen zwischen diesen drei Ländern vorberaten werden und es an den von ihnen manchmal gewiss mit grosser Mühe erreichten Kompromissen für die übrigen Mitgliedstaaten nicht mehr viel zu ändern geben wird. Europa wird, mit andern Worten, ein ausgesprochen aristokratisches Gepräge tragen, wie es seinen Traditionen entspricht. Ist es nicht symptomatisch, dass sich in der Sechsergemeinschaft keine Fortschritte auf eine wirkliche demokratische Kontrolle in Gestalt der Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments hin ergeben haben?

Zwei Hauptfragen bleiben übrig: Wie wird dieses neue Europa - das in Wirklichkeit nur eine Gemeinschaft von zehn westeuropäischen Ländern ist - seine interne Zusammenarbeit weiter ausbauen, und wie wird seine Haltung, sein Gewicht und sein Ansehen der Aussenwelt gegenüber sein? In der ersten Frage liegt der eigentliche Test für das Beharrungsvermögen der Nationalstaaten auf ihren souveränen Rechten oder im Gegenteil ihre Bereitschaft, diese Rechte grosszügig zur Verwirklichung schwieriger gemeinsamer Unternehmungen aufzugeben. Um konkret zu werden: Die gemeinsame Agrarpolitik der EG ist zwar sozusagen fertig formuliert, aber sie ist immer wieder durch Einbrüche des nationalstaatlichen Egoismus be-

droht, wie die gegenwärtige Haltung der Bundesrepublik auf dem Währungsgebiet zeigt. Mit noch grösserer Schärfe stellt sich dasselbe Problem, wenn die EG ihrem neuen Polarstern, der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, folgen will. Es scheint schwer vorstellbar, dass ein solches Unternehmen durch eine blosser Koordination.. oder Parallelschaltung nationaler Politiker erreicht werden könnte. In den Anfangsstadien ist dies vielleicht denkbar, aber ebenso gewiss ist es, dass eine ihres Namens würdige Wirtschafts- und Währungsunion der straffen Leitung durch eine einzige, der nationalstaatlichen Tätigkeit übergeordnete Instanz nicht entraten kann. Im Bereich der Aussenpolitik ist eine blosser Koordinierung eher realisierbar, so dass ich geneigt bin, hier eine fortschreitende Zusammenarbeit für möglich und vielleicht sogar wahrscheinlich zu halten.

Die andere Frage, zu der ich mit meinem Hinweis auf die Aussenpolitik bereits übergeleitet habe, ist die der Auseinandersetzung der erweiterten Gemeinschaft mit ihrer Umwelt. Sie ist eine direkte Funktion des Grades der Integration der Gemeinschaft nach innen. Nur eine nach supranationalen Kriterien gestaltete Gemeinschaft wird meines Erachtens in der Welt ein entscheidendes Wort mitzusprechen vermögen. Dies ist aber nicht alles. Es gibt gewisse Probleme - und es sind gerade die wichtigsten - die ohnehin über die westeuropäische Zehnergemeinschaft hinausreichen, so das Problem der Verteidigung der westlichen Welt in ihrer Gesamtheit, die mit der Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und der Inflationsbekämpfung zusammenhängenden Fragen, z.B. die Weltwährungsprobleme, das Dollar-Problem usw., der angestrebte Ausgleich zwischen West und Ost, das Problem China, die immer drängender sich meldenden Aufgaben des Umweltschutzes in seinen mannigfachen Aspekten, kurz, die Erhaltung unseres Planeten als einer bewohnbaren, einigermaßen gesicherten Stätte der Betätigung für das Menschengeschlecht.

In dieser Sicht bin ich geneigt, heute "Europa" nicht als ein Ende, sondern als eine blosser Phase in einer viel weitläufigeren Entwicklung zu betrachten. Wenn dem aber so ist, so tun wir gewiss

gut daran, unsere eigene Bewegungsfreiheit im Zusammenhang mit den neuen Entwicklungen auf dem Gebiete der Europäischen Integration nicht allzu sehr einzuschränken. Ich teile daher die Meinung, dass die uns von der Gemeinschaft voraussichtlich vorgeschlagene Formel einer industriellen Freihandelszone ideal geeignet scheint, unseren Bedürfnissen zu dienen. Dies wird umso mehr dann der Fall sein, wenn wir ein solches Arrangement noch mit einer Anzahl Absichtserklärungen für eine Reihe anderer Gebiete verbinden können, wo eine immer engere Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Gemeinschaft als geboten erscheint. Dieses gleiche Gebot gilt aber nicht nur für die erweiterte EG; es ist uns auch für alle übrigen Weltteile aufgetragen, und wäre es nur mit Rücksicht auf die traditionellen und engen Beziehungen, die uns mit allen vier Ecken und Enden der Welt verknüpfen. Hierüber heute zu sprechen, würde über den Rahmen unseres Themas hinausreichen; diese Andeutung möge daher genügen.

Herr Nationalrat Weber:

Ich fühle mich angesprochen durch die vom Herrn Vorsitzenden und von Herrn Botschafter Jolles aufgeworfenen Fragen der Information. Vielleicht findet Herr Botschafter Jolles, dass auch ich ins Extreme tendiert habe, als ich meiner Freude über den Kommissionsvorschlag Ausdruck gegeben habe. Immerhin habe ich einen Wermuthstropfen hinzugefügt, indem ich darauf hingewiesen habe, dass voraussichtlich auch noch gewisse Harmonisierungsforderungen hinzukommen werden.

Wenn die Vereinbarung mit den EG nicht mehr als ein Handelsabkommen sein wird, entfällt die Notwendigkeit eines obligatorischen Referendums. Dann wird eine verhältnismässig kurze Information über den Abkommensinhalt genügen. Wenn die Vereinbarung aber so viel mehr enthält, dass ein obligatorisches Referendum stattfinden muss, wird auch eine gründliche und länger dauernde Aufklärung notwendig sein.

Die Nationalratskommissionen werden die Antwort des Bundesrates auf die Motion Furgler am 26. August 1971 beraten. Sie werden den Bericht etwa 10 Tage vorher erhalten müssen. Es wird sehr wichtig sein, wie der Bericht bei seiner Publikation in den Massenmedien kommentiert wird. Dazu kommt, dass möglicherweise die erste Stellungnahme des Ministerrates Ende Juli in der Presse und in den Massenmedien wird behandelt werden müssen und dass hiezu eine Meinungsäusserung des Bundesrates wertvoll wäre.

Zum Schluss noch eine Frage zum Fahrplan: Ist anzunehmen, dass wir erst nach Abschluss der Verhandlungen mit Grossbritannien mit den EG verhandeln können oder ist es möglich, bereits nach der Stellungnahme des Ministerrates damit zu beginnen?

Herr Bundesrat Brugger:

Der Bericht des Bundesrates enthält einen grossen historischen Teil, der die Oeffentlichkeit über die EWG und EFTA aufklären soll. Im letzten Kapitel über grundsätzliche Erwägungen zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EWG könnte auch einer allfälligen Stellungnahme des EG-Ministerrates von Ende Juli Rechnung getragen werden.

Auf dem Gebiet der Information hat sich meines Erachtens die Situation nicht verschlechtert. Ich habe den Eindruck, dass nach Bekanntgabe des Kommissionsberichtes in der Oeffentlichkeit eine gewisse Erleichterung herrscht. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Kommission auf die "Alles-oder-nichts-These" verzichtet hat und die Freihandelszonen-Lösung in die schweizerische Landschaft hineinpasst. Eine Freihandelszonen-Lösung wäre heute mit einem normalen Informationsaufwand durchzubringen. Da jedoch die sachlichen Grundlagen für einen solchen Entscheid noch fehlen, wird künftig viel davon abhängen, wie weit eine solche Freihandelszonen-Regelung "garniert" ist und in welchem Umfang sie den Charakter eines entwicklungsfähigen Abkommens aufweist. Sollte sie den Anfang einer zunehmenden Zusammenarbeit auch in nicht-

handelspolitischen Bereichen bilden, so könnten wir aus politischen Gründen kaum auf eine Volksabstimmung verzichten.

Die Lagebeurteilung von Herrn Botschafter Jolles deckt sich voll mit der Auffassung des Bundesrates. Wir haben das grosse Privileg, dass zwischen der Regierung und der Verhandlungsdelegation eine absolute "unité de doctrine" herrscht. Es ist mir ein Bedürfnis diesen Punkt zu betonen, weil in letzter Zeit der staunenden Öffentlichkeit weisegemacht wurde, wie unterschiedlich die Auffassungen zwischen den Departementen seien. Wenn heute gesagt wird, der Vorsteher des EPD sei der "kleinere Europäer" als ich, so sind solche Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Herrn Jolles und seinen Mitarbeitern, die sich heute mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert sehen und denen wir volles Vertrauen entgegenbringen können, für ihren Einsatz danken.

Falls Sie noch ein persönliches Urteil erwarten, so bin ich als von zürcherischer Nüchternheit geprägter politischer Pragmatiker über das Angebot von Brüssel nicht gerade beglückt, aber zufrieden. Obwohl die Stellungnahme der Kommission etwa dem entspricht, was bei realistischer Betrachtungsweise erreicht werden kann, sind die geringen Ansatzpunkte für ein entwicklungsfähiges Abkommen doch etwas enttäuschend. Ich bin nämlich überzeugt, dass im europäischen Integrationsprozess durch den Erfolg der Erweiterungsbemühungen ein entscheidender Durchbruch erzielt worden ist, der die Schweiz bei einem Abseitsstehen künftig in eine schwierige Lage bringen könnte. Die möglicherweise raschen Entwicklungen in der Gemeinschaft zwingen uns, zehn oder zwanzig Jahre vorauszudenken und in den kommenden Jahren der Entwicklungsfähigkeit eines Abkommens grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Im übrigen ist fraglich, ob die EWG beispielsweise auf dem Gebiet der Währungspolitik überhaupt eine befriedigende Lösung erzielen kann, solange sie eine so wichtige Währung wie die schweizerische beiseite lässt.

Abschliessend möchte ich Ihnen für Ihre Mitwirkung an den Aussprachen dieser Arbeitsgruppe danken. Da wir alle unter einer gewissen "déformation professionnelle" leiden, ist es für uns ausserordentlich wichtig, Ihre Meinung zu hören.

Herr Nationalrat Dürrenmatt:

Es ist nun klargestellt worden, dass, wie ich vorgeschlagen habe, der Bericht des Bundesrates auf die Motion Furgler nicht schon im Juli veröffentlicht wird. Dies erscheint mir richtig, denn die Grundlage für die weitere Information wird die Stellungnahme des Ministerrates sein. Die Behandlung dieser Stellungnahme und des Berichtes des Bundesrates in den Massenmedien sollte sorgfältig vorbereitet werden.

Herr Ständerat Hürlimann:

Ich glaube, wir müssen uns auf drei Informationsphasen vorbereiten:

1. Phase: Sollte sich der Ministerrat am 26./27. Juli über den Kommissionsbericht aussprechen, so wäre zu überlegen, wie dieser Beschluss gegebenenfalls unter Abwesenheit des Bundesrates kommentiert wird. Zu diesem Zeitpunkt hätte man bereits via Massenmedien über die Bedeutung dieser Stellungnahme zu informieren; es wäre inopportun, damit bis zur Rückkehr des Bundesrates von Mitte August zuzuwarten.

2. Phase: Der Bundesrat wird den Integrationsbericht zuhanden der eidgenössischen Räte verabschieden. Diese Orientierung erfolgt möglicherweise in einem Moment, wo die Diskussion in Brüssel bereits angelaufen ist.

3. Phase: Die Kommissionen beider Räte wollen den Bericht des Bundesrates kommentieren. Hier stellt sich die Frage, ob nicht von der Transparenz der Tätigkeit der Kommissionen Gebrauch zu machen wäre, um diese Diskussionen in der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Von allem Anfang an sollten alle getroffenen Entscheidungen von einem offiziellen Kommentar des Bundesrates begleitet sein.

Herr a. Bundesrat Spühler:

Ich freue mich darüber, in diesem Gremium mich orientieren lassen zu können, was im Bundesrat gegenwärtig in der Integrationsfrage vor sich geht. Die Aufklärung unserer Oeffentlichkeit wird meines Erachtens nicht so schwierig sein, wie Herr Botschafter Jolles befürchtet, und zwar vor allem weil wir ja gezwungen sind, das Volk über die Situation aufzuklären, wenn die Vereinbarung mit den EG der Volksabstimmung untersteht. Viel schwieriger ist es, Aufklärung zu betreiben, wenn sie nicht im Hinblick auf eine bevorstehende Volksabstimmung zu erfolgen hat, wie wir in der Frage des UNO-Beitritts erfahren mussten. Wir werden uns dabei auch sehr intensiv mit dem bisherigen Erfahrungssatz unserer Aussenpolitik "La Suisse subit la politique des autres", auseinanderzusetzen haben.

Wie Herr Bundesrat Brugger bin ich der Meinung, dass wir mit dem Kommissionsvorschlag zufrieden sein können. Wir dürfen ihn als den Ausgangspunkt für eine erfreuliche Lösung für die Gegenwart betrachten. Für die weitere Zukunft müssen wir uns aber den Weg zu einer maximalen Lösung offenhalten. Das Bescheidene, im gegenwärtigen Zeitpunkt Erreichbare darf kein Hindernis werden für das später notwendige Grössere. Wir müssen uns deshalb daran gewöhnen, unsere gedanklichen Ziele weiter zu stecken. Gleich wie Herr Botschafter Weitnauer bin ich der Auffassung, dass die Entwicklung sich nicht auf Europa wird beschränken lassen können. Die Hegemonie der drei grossen europäischen Staaten wird keine Gefahr darstellen, denn die drei werden sich gegenseitig ausbalancieren müssen. Wie früher wird das Gleichgewichtsstreben Grundlage der europäischen Stabilität sein. In dieser weiteren Perspektive ist auch die Neutralität zu überdenken, und wir müssen es wagen, in Gedanken Prinzipien in Frage zu stellen, an die wir bis heute nicht rühren wollten.

M. le Conseiller national Reverdin:

Pour ce qui est du choix entre les deux variantes avancées par la Commission des CE, je n'ai rien à ajouter: il n'y a pas à hésiter.

De même, j'ai peu à ajouter à ce qui a été dit au sujet de l'horaire choisi pour informer l'opinion publique dans les mois qui viennent. Je me demande simplement si - vu le programme très chargé du Marché Commun qui a encore sur les bras les négociations d'adhésion de la Norvège, du Danemark et de l'Irlande - l'échéance de juillet sera tenue et si le Conseil des Ministres aura, avant les vacances d'été, le temps de traiter notre cas de telle manière qu'une information précise, de la part de nos autorités, soit déjà possible.

Sur un point, une mise en garde me paraît s'imposer: le Conseiller fédéral Brugger a dit ce matin qu'il ne craignait guère une campagne d'opposition contre la solution libre-échangiste qui nous sera proposée par Bruxelles. C'est une vue, à mon avis, trop optimiste des choses.

Il ne faut en effet pas se faire d'illusions: ce que les opposants à un arrangement avec le Marché Commun objecteront, ce ne sera pas tant l'Accord proprement dit sur une zone de libre-échange industriel, ou tel autre aspect commercial ou économique du problème; ils mettront au contraire l'accent sur les conséquences politiques, inéluctables qu'entraînerait, selon eux, un premier pas fait en direction de Bruxelles; ils parleront d'engrenage. Une fois que le processus d'intégration aura atteint un certain degré, diront-ils, les pas suivants seront en quelque sorte imposés aux Etats non-membres: ils ne pourront ni ne voudront rester indéfiniment en dehors des mécanismes de décision. C'est là une vue, me semble-t-il, assez réaliste des choses, et c'est bien ainsi, j'ai pu m'en assurer au Conseil de l'Europe, que certains hommes politiques, britanniques notamment, envisagent l'avenir pour les neutres.



On peut d'ailleurs aussi se demander si la Suisse, une fois établis avec le Marché Commun les liens spéciaux qu'elle recherche, pourra vraiment se satisfaire d'un rôle apolitique au sein d'une Europe qui finira bien par acquérir un "profil" politique plus accentué.

Ce que je demande en tout cas, c'est qu'en préparant leur "livre blanc" sur l'intégration - sous quelque forme que ce soit -, les autorités tiennent compte de l'objection de principe à laquelle elles auront à faire face, et se préparent intellectuellement à y apporter une réponse pertinente.

Herr Botschafter Ruegger:

Wenn hier von verschiedenen Etappen der Information gesprochen wurde, so möchte ich an den Präzedenzfall des schweizerischen Beitrittes zum Völkerbund erinnern, wo die Orientierung der Oeffentlichkeit auch etappenweise geschah. Im übrigen müsste meines Erachtens zwischen interner und externer Information unterschieden werden: Während für erstere noch genügend Zeit bleibt, sollte unsere Regierung im kritischen Moment den Gesprächspartner positiv zu beeinflussen suchen. Diese Aktion wäre durch autoritative Stimmen unserer Presseorgane zu unterstützen. Wäre es im Hinblick auf die Entwicklungsfähigkeit eines Abkommens nicht angezeigt, dass der Bundesrat unseren in Brüssel bereits angebrachten Wunschzettel neu formuliert und der Gemeinschaft darlegt, auf wie vielen Gebieten (Industriepolitik, Technologie etc.) die wirtschaftlich starke Schweiz einen positiven Beitrag zu leisten vermöchte? In einem künftigen Europa mit Mitgliedern und "zugewandten Orten" könnte sich die historische Erfahrung unseres Landes in der Technik der Zusammenarbeit heterogener Glieder als sehr wertvoll erweisen.

Herr Botschafter Jolles:

Zuerst einige Bemerkungen zum voraussichtlich zeitlichen Ablauf der Ereignisse. Wenn der Ministerrat an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien zwischen dem 20. und 30. Juli das Problem der Beziehungen zu den nicht-beitrittswilligen EFTA-Staaten übergeht, würde das bedeuten, dass er auf die zugesagte Gleichzeitigkeit des Vertragsabschlusses verzichtet, denn wenn diese Gleichzeitigkeit verwirklicht werden soll, sollte im Oktober mit den Verhandlungen begonnen werden können. Für die Ausarbeitung des Verhandlungsmandates an die Kommission wird eine einzige Ministerratssitzung sicher nicht genügen, denn die Gestaltung der Beziehungen zu den nicht-beitrittswilligen EFTA-Ländern wirft viel schwierigere Fragen auf, als die Erweiterung. Die Gestaltung dieser Beziehungen rüttelt an den Grundlagen der Europäischen Gemeinschaften, während die Erweiterung auf der Grundlage des Römer Vertrages vollzogen wurde. Bereits die erste Aussprache im Ministerrat wird möglicherweise eine gewisse Weichenstellung erkennen lassen. Es wird sich vielleicht zeigen, ob die Variante A ausgeschlossen und die Variante B als Grundlage des Mandates der Kommission genommen wird. Aber erst die erste oder zweite Sitzung des Ministerrates nach den Sommerferien wird zu der Formulierung des Verhandlungsmandates führen. Der Bundesrat wird sich dann rasch entscheiden müssen, ob er ein Verhandlungsangebot im Rahmen dieses Mandates annehmen und wie er dieses Angebot interpretieren will. Die Verhandlungen würden voraussichtlich den Winter und das Frühjahr beanspruchen.

Herr Botschafter Ruegger hat die Frage aufgeworfen, ob wir nicht unsere Haltung präzisieren sollten. Es ist tatsächlich vorgesehen, in der nächsten Woche durch unsere Botschaften den Regierungen der EG-Staaten unsere Haltung darzulegen. Auch die anderen drei Neutralen werden solche Demarchen unternehmen. Auf die Informationsmedien dieser Länder dürfen wir natürlich keinen Einfluss nehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir wollten über die öffentliche Meinung auf den Regierungsentscheid einwirken. Ein solcher Einfluss

auf die Informationsmedien ist nur möglich durch Personen ausserhalb der Regierung und Verwaltung. Zu denken ist z.B. an die schweizerischen Zeitungen, die auch im Ausland gelesen werden.

Der Vorsitzende:

Wenn ich richtig verstanden habe, müsste mit folgenden drei Informationsphasen gerechnet werden:

1. Vorläufige Stellungnahme des Ministerrates.
2. Definitive Stellungnahme des Ministerrates und Intensivierung der Aufklärung.
3. Im Frühjahr 1972 Orientierung der Oeffentlichkeit auf Grund des vorliegenden Verhandlungsergebnisses.

Die Frage der Volksabstimmung über das ausgehandelte Abkommen mit der EWG wird darnach entschieden werden müssen, ob dieses eine weitgehende Zusammenarbeit oder lediglich ein handelspolitisches Arrangement vorsieht. Im übrigen habe ich immer die Meinung vertreten, dass die EWG für die Schweiz nicht der wichtigste Rahmen ihrer aussenpolitischen Betätigung sein wird und künftig andere Gesichtspunkte immer mehr in unser Blickfeld rücken werden.

Herr Ständerat Broger:

Das Problem der Information ist heute überhaupt nicht mehr lösbar, da der moderne Mensch die Informationsflut immer weniger zu bewältigen vermag. Zudem müssen wir uns bewusst sein, dass sich die Information an verschiedene Adressaten richtet. Den wenigen gut Informierten steht eine Mehrzahl von Leuten gegenüber, die von der EWG nur eine kleine Ahnung haben. Um deren zweifellos vorhandenes Interesse für die Integrationsfrage durch einen kontinuierlichen Informationsfluss zu befriedigen, drängt sich eine eigentliche Basisinformation für die grosse Allgemeinheit auf.

Die Bemerkung von Herrn Botschafter Weitnauer über die mögliche Entstehung einer aristokratischen Hegemonie in Westeuropa finde ich sehr interessant. Eine Art kollegialer Hegemonie (Triple-Allianz) könnte unter glücklichen Vorzeichen stehen. Herr Bundesrat Brugger hat von den geringen Ansatzpunkten für die Entwicklungsfähigkeit eines Abkommens der Schweiz mit der EWG gesprochen. Da die Gemeinschaft möglicherweise schon heute im Besitze von Dingen ist, die wir nicht mehr zu geben vermögen, frage ich mich, ob die Schweiz im Interesse einer vermehrten Handlungsfähigkeit künftig nicht einige Zähne einbauen sollte.

Herr Nationalrat Weber:

Herr Bundesrat Brugger hat immer wieder hervorgehoben, wie wichtig die Entwicklungsfähigkeit des Abkommens mit den EG sei. Man kann sich aber vorstellen, dass die Integration in verschiedenen Etappen verwirklicht wird, die nicht vertraglich miteinander verbunden sind. So können z.B. die Währungsfragen, wenn die EG sich auf eine einheitliche Währungspolitik einigt, im Zehner-Klub oder im Rahmen der BIZ behandelt werden. Der für eine derartige Erweiterung des Abkommens mit den EG im Kommissionskonzept fehlende Ansatzpunkt ist deshalb nicht unbedingt ein Nachteil. Auch die Information und die Volksabstimmung werden durch eine derartige Beschränkung des Abkommens vereinfacht.

Herr Prof. Lüthy:

Im Sinne einer staatsbürgerlichen Nachhilfestunde möchte ich fragen, ob wir in der Perspektive einer Volksabstimmung diskutieren oder nicht. Sollte tatsächlich eine Freihandelszonenlösung gefunden werden, die weder Mitgliedschaft noch "Quasi-Mitgliedschaft" einschliesst, so müsste ein solches Abkommen - insbesondere nach dem Präzedenzfall der EFTA - doch wohl kaum dem Referendum oder gar dem Verfahren einer Verfassungsänderung unterworfen werden. Ueberdies wird schweizerischerseits ein entwicklungsfähiges Abkommen gewünscht, d.h. eine Vereinbarung, die nur eine erste

Etappe für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit darstellen würde, und damit stellt sich die weitere Frage, ob eine solche erste Etappe überhaupt abstimmungsfähig wäre, z.B. in Form einer allgemeinen Ermächtigungsklausel für weitere Schritte. Dies ist auch informationspolitisch wichtig: auch im Blick auf ein normales parlamentarisches Verfahren müssen selbstverständlich der Öffentlichkeit alle sachdienlichen Informationen zugänglich gemacht werden, aber der Massenkonsum dieser Informationen muss nicht forciert werden wie im Vorfeld einer Abstimmungskampagne.

Herr Bundesrat Brugger:

Ich habe die Frage, ob eine Volksabstimmung notwendig sein wird, offengelassen. Ich habe nur gesagt, dass wir mit einem normalen Informationsaufwand durchkommen könnten, wenn es zu einer reinen industriellen Freihandelszone kommen würde. Ich glaube dies deshalb, weil sich heute in weiten Kreisen der Schweiz eine gewisse gelockerte Haltung erkennen lässt. Leute, die bisher in den EG nur ihre Feinde gesehen haben, finden nun die vorgeschlagenen Lösungen noch ganz vernünftig.

Ob eine Volksabstimmung notwendig sein wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Wie Herr Botschafter Bindschedler immer betont hat, ist es rechtlich ganz klar, dass eine reine Freihandelszonenlösung nicht dem obligatorischen Referendum zu unterstellen wäre. Eine andere Frage ist es dagegen, ob ein solches Vorgehen auch politisch klug wäre, nachdem das Integrationsproblem bisher immer hochgespielt und das Abkommen nur als Anfang einer weiteren Entwicklung dargestellt worden ist. Man kann sich auch fragen, ob es nicht auch gegenüber Brüssel ein Vorteil wäre, wenn wir das Abkommen dem Referendum unterstellen würden. Wir müssen uns dabei allerdings klar sein, dass es ausserhalb unseres Landes weitgehend an Verständnis für die Institutionen der direkten Demokratie fehlt. Man hat Zweifel, ob die direkte Demokratie

für die Wohlfahrt eines Volkes und die heute anstehenden Probleme tatsächlich ein geeignetes Mittel darstellt.

Da die Frage der Notwendigkeit einer Volksabstimmung, wie gesagt heute noch nicht zu beantworten ist, werden wir nicht mehr wie bisher darauf hinweisen dürfen, dass es über das Abkommen auf jeden Fall zu einer Volksabstimmung kommen werde.

Herr Prof. Frei:

Die Bearbeitung der öffentlichen Meinung ist nur eine Seite des Informationsproblems. Daneben gibt es gewissermassen noch ein Informationsproblem in umgekehrter Richtung: Auch ohne dass man gleich an feierliche Referenda oder Bauernmärsche nach Bern denkt, gilt nun eben einmal die Tatsache, dass, was immer unsere Behörden tun, gerade soviel wert ist, als das Volk es nachher stützt oder wenigstens nicht zurückweist. Unsere Politik stellt unter anderem ein Ergebnis solcher vorweggenommener Volksentscheide und -reaktionen dar.

Das Fatale dabei ist, dass die Leute, die handeln müssen, statt mit echter Information mit weiter nichts als blossen Mutmassungen, Indizien arbeiten müssen. Als Ausweg aus diesem Dilemma ist schon das Mittel der konsultativen Volksabstimmung vorgeschlagen worden; eine solche wäre aber - von verfassungsrechtlichen Bedenken abgesehen - von geringem Wert, da die Wahl zwischen "Ja" und "Nein" ein viel zu plummes Instrument ist, um differenziertere Meinungslandschaften auszuleuchten. Vielleicht sollte vermehrt von den Möglichkeiten der Meinungsforschung Gebrauch gemacht werden. Allerdings wäre es reine Geldverschwendung, das Volk beispielsweise über seine Meinung hinsichtlich der beiden Kommissionsvorschläge zu befragen, denn 85-90 % der Bevölkerung besitzen hierzu gar keine Meinung.

Was nützt, dass ist etwas anderes: Wir müssten abklären, in welchen politischen Bezugsrahmen - regional, national, europäisch usw. - sich die Bevölkerung orientiert, d.h. man müsste die

politischen Identifikationen erforschen, die als tieferliegende Motive die jeweilige Einstellung zu aktuellen Tagesfragen bestimmen. Wir wissen lediglich, dass die Identifikation unserer Bevölkerung mit dem Nationalen nicht mehr so stark ist wie beispielsweise noch zur Zeit der "Landi" 1939 -- aber was im übrigen das weite Feld der politischen Motivationen der Bevölkerung betrifft, so tappen wir im Dunkeln.

#### M. le Conseiller d'Etat Meylan:

M. le Conseiller fédéral Brugger a souhaité, tout à l'heure, que des "esprits frais" donnent leur avis. Je me sens d'autant plus appelé à le faire que je ne suis pas parlementaire fédéral. C'est donc d'un point de vue provincial que j'aborderai brièvement le problème de l'information.

Ne nous berçons pas d'illusions; le 3/4 de nos concitoyens ne s'occupent pas -- ou pas encore -- de l'Europe. Ils continuent à tout ignorer du Marché Commun et ne connaissent pas les données les plus fondamentales du problème. A cet égard, rien n'a progressé depuis notre dernière réunion consacrée à l'intégration (21 novembre 1970).

La grande presse d'information recherche essentiellement le sensationnel; l'information objective n'en devient que plus difficile. Prenez l'exemple récent de la "Tribune de Lausanne" qui, en l'espace d'une semaine, titrait: "le Conseil fédéral a caché la vérité sur son échec" et, quelques jours plus tard, comparait le Conseiller fédéral Brugger à S.S. Jean XXIII !

Comme le soulignait à l'instant Monsieur Dürrenmatt, le sujet Marché Commun est loin de toucher la grande masse pour l'instant. Ne devrions-nous pas, dès lors, demander à nos négociateurs de continuer d'apparaître à la TV et de se faire entendre à la radio? Récemment, j'ai entendu une interview en français accordée par l'Ambassadeur Jolles à Sottens; ce fut un exposé très simple, clair, accessible à tout le monde, bref -- et je le dis sans

flatterie - un modèle du genre. Je me demande si l'on ne devrait pas recourir à une certaine personnalisation de l'information. Je suis, bien entendu, hostile au culte de la personnalité, mais je pense que pour faire passer une idée, il convient de lui donner un visage.

M. Landgraf:

Pour ma part, j'abonde dans le sens de M. Meylan.

Il a cité l'exemple de la "Tribune de Lausanne", lequel montre abondamment que, le problème de l'intégration européenne étant si difficile à saisir et à présenter à l'opinion publique, il y aura nécessairement dramatisation immédiate à l'occasion de la moindre "fuite", ou lorsque surgira un quelconque élément susceptible de sensation: l'usage qu'ont fait les journaux de ces occasions jusqu'ici, et notamment la manière dont la presse s'est ingéniée à monter en épingle, dans le récent rapport de la Commission de la CEE, la question des travailleurs étrangers et de l'horlogerie - toutes deux si sensibles sur notre front interne - est significatif à cet égard, mais non pas sans dangers.

Plus les négociateurs responsables et nos représentants diplomatiques auprès du Marché Commun se manifesteront face à notre opinion publique en l'informant aussi sereinement que possible par le moyen de la radio et de la télévision, mieux nous serons en mesure de gagner la partie dans nos pourparlers avec Bruxelles. J'ai néanmoins été assez étonné par l'euphorie dont témoignaient certaines déclarations faites ce matin par des membres de l'Administration, et je pense qu'il ne faudrait pas sous-estimer ce qu'il pourra y avoir d'imprévisible et d'irrationnel dans les réactions de notre opinion face à la complexité du problème de l'intégration.



M. le Conseiller aux Etats Grosjean:

Je vais m'efforcer de vous donner une première impression - tout épidermique - sur l'idée que se fait le peuple du Marché Commun. Je le ferai en ma qualité de magistrat cantonal, représentant un canton romand, tourné vers l'exportation et dont la principale industrie - l'horlogerie - connaît présentement les difficultés (concurrence américaine et japonaise, réévaluation) que l'on sait. Le canton de Neuchâtel me paraît particulièrement sensible aux problèmes de l'intégration; cela m'autorise à vous faire une manière de "Lagebeurteilung".

Ma première impression peut se résumer comme suit: l'opinion publique est en pleine confusion. Tout d'abord parce que le problème auquel elle doit faire face est sans aucun doute complexe, donc difficile. Ensuite, parce qu'il comporte, étroitement mêlés, des aspects économiques et politiques. Enfin, parce qu'à son propos, l'on verse tantôt dans l'euphorie, tantôt dans le pessimisme. Si bien qu'aujourd'hui, l'opinion, chez nous, manifeste à l'égard de l'intégration un certain scepticisme.

Quels sont les opposants à l'intégration?

- a) la paysannerie (6 % dans le canton de Neuchâtel);
- b) les tenants de la "vieille Suisse" et les représentants du conservatisme - terme auquel je ne donne pas un sens péjoratif - qui ont fait de la neutralité politique et économique un véritable credo;
- c) l'extrême-gauche qui se borne à suivre les mots d'ordre de Moscou, dont nous connaissons l'hostilité à l'égard du Marché Commun;
- d) ceux, enfin, que j'appellerais les "apolitiques", c'est-à-dire cette tranche de la population hostile à la pénétration étrangère et qui voit dans l'intégration un danger de surpopulation. Est-il besoin de rappeler l'épisode Schwarzenbach?

- 34 -

Cette réaction xénophobe risque de se maintenir et de se développer.

Ces différentes oppositions réunies forment une alliance qui doit nous faire réfléchir.

Je regrette que le Conseiller fédéral Brugger ait été obligé de nous quitter, car ma prochaine remarque concerne le Conseil fédéral. J'ai, en effet, l'impression que, s'agissant de l'information, le gouvernement fait montre d'une certaine nervosité. Informer trop vite et sous le coup de la nervosité comporte des dangers certains. Il est indéniable que le peuple suisse témoigne une grande confiance à son gouvernement et à ses proches collaborateurs. Il attend du Conseil fédéral qu'il prenne conscience du problème et définisse sa politique avant d'informer l'opinion. Telle est ma première conclusion.

Ma deuxième conclusion est celle-ci: il serait faux de manipuler l'opinion publique. M. Schwarzenbach a certainement trouvé dans les autorités fédérales et cantonales, ou plutôt dans la manière dont celles-ci ont réagi à son égard, des alliées aussi puissantes qu'involontaires. A force de le qualifier sans cesse de fasciste, d'extrémiste et d'antisémite, nos autorités en ont fait une sorte de martyr. Le peuple a eu l'impression d'être trop manipulé par le gouvernement; c'était assez pour qu'une importante minorité prenne fait et cause pour cet homme que l'information avait mis au ban de la communauté.

L'Ambassadeur Jolles nous a parlé du premier pas que nous sommes en train de faire. Nous ignorons quels seront les suivants. Il y a une distinction à faire - le peuple le sait fort bien - entre l'Europe économique et l'Europe politique. Il est absolument nécessaire - et ce sera ma troisième conclusion - de faire un pas en direction de cette Europe économique. En revanche, laissons momentanément de côté l'Europe politique dont personne ne sait aujourd'hui ce qu'elle sera demain. Comme le disait Victor Hugo "l'avenir n'est à personne".

Herr Botschafter Jolles:

Ich möchte Ihnen vorerst meinen herzlichen Dank aussprechen für Ihre lebhaftige Diskussion über die Informationsfragen. Ihre Ratschläge sind für uns äusserst wichtig und wertvoll für die Ausgestaltung unserer künftigen Informationspolitik.

Es ist die Frage aufgeworfen worden, welches Mass an Harmonisierungspflichten wir ins Auge fassen müssen. Es wäre falsch, im heutigen Zeitpunkt den Eindruck aufkommen zu lassen, dass wir eine reine Freihandelszone erhalten könnten. Bereits der Bericht der Kommission sieht eine Reihe von zusätzlichen Grundsätzen vor, so z.B. sollen über Kartelle und staatliche Beihilfen zum mindesten ähnliche Prinzipien wie in der EFTA-Konvention aufgestellt werden. Wir müssen die Ausgestaltung solcher zusätzlicher Wettbewerbsregeln unterstützen, denn damit können wir verhindern, dass eine Ausweisklausel in das Abkommen aufgenommen wird, deren Handhabung der Willkür der Vertragspartner überlassen wäre. Als schwächere Partei würden wir unter dieser Willkür stärker leiden als die EG.

In der Oeffentlichkeit hat vor allem die Erwähnung der Uhren- und Fremdarbeiterfragen Aufsehen erregt. Wir sehen die Ausführungen der Kommission zu diesen Problemen als recht milde an. Das Uhrenproblem erscheint unserer Uhrenindustrie als lösbar. Zum Teil sind die Ausführungen der Kommission bereits durch die Diskussionen an der letzten Sitzung der Gemischten Kommission zur Durchführung des Uhrenabkommens überholt. In der Fremdarbeiterfrage akzeptiert die Kommission immerhin, dass eine völlige Freizügigkeit für die Schweiz nicht zumutbar wäre. Wir glauben auch, dass beide Seiten eine bilaterale Regelung zwischen der Schweiz und Italien vorziehen. Es wäre innenpolitisch eine Belastung, wenn der Eindruck aufkäme, dass die vom Bundesrat angestrebten Lösungen unter ausländischem Druck realisiert würden. Der einheitliche Arbeitsmarkt, der das Ziel unserer gegenwärtigen Politik darstellt, liegt auch im schweizerischen Interesse.

Grosse Schwierigkeiten würden sich allerdings daraus ergeben, wenn unter Berufung auf den Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen den verschiedenen EG-Staatsangehörigen eine allgemeine Reduktion der Niederlassungsfristen von 10 auf 5 Jahre verlangt würde.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu den weltweiten Zusammenhängen. Mit Bezug auf die Wirksamkeit der bestehenden weltweiten Gremien sind wir etwas skeptisch. Wir glauben, dass nach der Erweiterung der EWG eine Akzentverschiebung in dem Sinne eintreten wird, dass diese Gremien (OECD, Zehner-Klub) zu ausgesprochenen Treffpunkten der Grossen werden. Der direkte Dialog Europa-Amerika, Europa-Japan droht das Mitspracherecht der Schweiz wesentlich zu beeinträchtigen. Verkörperte bis heute die EWG keine geschlossene Gruppe, so wird unsere Manövrierfreiheit stark eingeschränkt, sobald die Europäer mit einer Stimme sprechen. Deshalb sind wir wenigstens an einem Ansatzpunkt für eine Aussprachemöglichkeit im europäischen Rahmen interessiert; dies würde uns erlauben, unsere Meinung darzulegen, bevor die endgültige Stellungnahme festgelegt ist.

#### Der Vorsitzende:

Gestatten Sie mir, bevor ich die Sitzung schliesse, anstelle einer Zusammenfassung einige persönliche Bemerkungen: Herr Ständerat Grosjean hat zutreffend gesagt: "L'avenir n'est à personne". Wir müssen für alle Eventualitäten gerüstet sein. Gerade für die Schweiz ist ein hohes Mass an Handlungsfreiheit besonders wichtig. Ich glaube ebenfalls, dass es nicht bei einer blossen Freihandelszone für Industrieprodukte bleiben wird. Auf dem Agrargebiet sehe ich am ehesten eine Möglichkeit, weitere Konzessionen zu gewähren. Wir sind für die EG ein interessanter Markt. Verbesserungen des Zuges zu diesem Markt könnten die Schaffung der industriellen Freihandelszone erleichtern. Dagegen müssen wir grösste Zurückhaltung üben gegenüber allfälligen Harmonisierungsforderungen, besonders auf dem Zollgebiet, weil dadurch unsere "Treaty making power" eingeschränkt würde. Harmonisierung gleich Satellisierung;

dies ist nur um weniges überspitzt ausgedrückt. Ich habe auch Zweifel daran, ob die Wirtschafts- und Währungspolitik der EG je zentral und supranational gesteuert werden wird. Heath und Pompidou haben sich an ihrer Zusammenkunft auf die Erhaltung der nationalen staatlichen Souveränität festgelegt, womit sie eine wirksame Vergemeinschaftung so wichtiger Bereiche wie der Wirtschafts- und Währungspolitik zum mindesten sehr erschwert haben. Wir sollten uns deshalb unsere eigenen Optionen offenhalten und daher auch davon absehen, unsere Bereitschaft zur Mitarbeit auf dem Gebiete der "zweiten Generation" zu sehr im einzelnen zu erläutern, denn wir können ja noch gar nicht wissen, wie weit die EG in ihrer Zusammenarbeit gehen werden. Auch im Hinblick auf die Volksmeinung ist dieses Vorgehen von entscheidender Bedeutung. Es ist eine offene Frage, wie weit unser Volk bereit sein wird, wesentliche Souveränitätsrechte an eine supranationale Gemeinschaft abzutreten.

Wir sollten uns somit beschränken auf eine industrielle Freihandelszone, ein Agrarabkommen und, soweit es sich als unvermeidlich erweisen sollte, gewisse minimale Harmonisierungen. Im übrigen aber sollten wir nicht mehr tun, als unser Interesse und unser Wohlwollen gegenüber den zukünftigen Arbeiten der EG und die Möglichkeit der Mitwirkung in einer noch zu bestimmenden Form zum Ausdruck bringen. Wir dürfen auch den atlantischen Zusammenhang, wie ihn vor allem die OECD repräsentiert, nicht vorzeitig abschreiben. Die OECD macht gegenwärtig zwar eine schwache Phase durch, weil die USA handelspolitisch nicht handlungsfähig sind. Die handelspolitischen Streitpunkte zwischen den USA, Japan und den EG sind indessen so bedeutend und so dringend, dass es zu einer "Generalbereinigung" im OECD-Rahmen kommen muss. Vor allem aber können die EG-Länder so wenig als wir selbst darüber hinweg sehen, dass die Probleme der Verteidigung der westlichen Welt "atlantisch" geregelt sind und unser aller Freiheit von der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa abhängt.

- 38 -

Mit diesen, wie gesagt, persönlichen Bemerkungen möchte ich unsere Sitzung schliessen und Ihnen allen danken für Ihre intensive Hilfe, unsere Probleme besser zu begreifen und damit die bestmögliche Lösung für sie zu finden. Wir rechnen sehr auf Ihre Mitarbeit in den nächsten Monaten und Jahren, in denen die Information der Oeffentlichkeit über das Integrationsgeschehen eine grosse und schwierige Aufgabe bilden wird, die nur in gemeinsamer Anstrengung gemeistert werden kann.

Als Datum der nächsten Sitzung wird der 22. Januar 1972 vereinbart.

Schluss der Sitzung 15.30 Uhr